

Berliner Tageblatt

Nr. 338

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Verzögerung der englischen Antwort.

Kabinettsitzung im Unterhaus.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 20. Juli.

Der Entwurf der englischen Antwortnote und der dazugehörige Begleitbrief sowie ein weiteres Memorandum konnten gestern nicht fertiggestellt werden. Deshalb wird heute ein Ministerrat im Unterhause stattfinden. Es steht noch nicht fest, ob die Note noch in dieser oder erst in der nächsten Woche nach Paris überandt wird, so daß alle diesbezüglichen Presseäußerungen als Kombinationen aufzufassen sind. Der hiesige französische Botschafter hat gestern nochmals auf dem Auswärtigen Amt vorgesprochen, wo er aber nur den Unterstaatssekretär Crowe gesehen hat. St. Aulaire wird nach der Daily Mail heute nach Paris reisen. Es ist möglich, daß eine Parlamentsdebatte über die Haltung der englischen Regierung bereits in den nächsten Wochen stattfinden wird. Vielleicht dürfte aber noch eine weitere Woche vergehen. Auf jeden Fall wird es aber noch vor der Vertagung des Hauses, das Anfang August in die Ferien geht, zu einer Debatte kommen. Die Verzögerung der englischen Note begünstigt natürlich das Aufkommen zahlreicher Gerüchte, die aber mehr oder weniger unkontrollierbar sind. So wollen Daily Express und Daily Herald heute mit Bestimmtheit wissen, daß England Deutschland um die Einstellung des passiven Widerstandes ersuchen und Deutschland diesen Wunsch befolgen werde. Das Verbot der Daily Herald, der Daily Express und eine Vereinbarung zwischen den Französischen und den deutschen Kapitalisten zurück, wobei Hugo Sinnes eine große Rolle spiele. (Derartige Gerüchte sind völlig aus der Luft gegriffen. D. Red.)

Das England die französische Rührpolitik jetzt plötzlich billigen konnte, wird von der Times in ihrem heutigen Leitartikel mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Dieser erst enthält die Artikel betont, daß England mit Frankreich darin übereinstimmt, daß Deutschland bis zur Grenze seiner Zahlungsfähigkeit zu bezahlen habe, daß aber England den französischen Methoden, die Zahlung zu erzwingen, unmaßstäblich zustimmen könne. England ziehe die in der letzten deutschen Note vorgeschlagene geschäftliche Lösung vor, aber Frankreich errichte eine Barriere gegen jede Verhandlung. Das französische Verlangen um Einstellung des passiven Widerstandes bilde das Haupthindernis. England wüßte Verhandlungen, um zu einer Lösung der Schwierigkeiten

zu gelangen. Es liege bei Frankreich, diese gemeinsamen Verhandlungen fruchtbar zu machen. Frankreich müsse sich gelobtes Vorgehen den allgemeinen Interessen unterordnen, denn die Entente sei kein einseitiger Vertrag. Ein gemeinsames Handeln sei noch möglich. Es würde begünstigt werden, wenn man in Frankreich einsehe, daß England weder in Worten noch in Taten, die von den Franzosen im Ruhrgebiet eingeschlagenen Methoden billigen könne. Die Verzögerung der englischen Antwort führt der Korrespondent auf die Formulierung der Note zurück, denn die Minister seien der Ansicht, daß je stärker die englische Sache in sich selbst sei, um so verbindlicher die Form sein müsse, in der sie dargestellt werde.

Wir berichten gestern, daß seit einigen Tagen hier eine optimistischere Stimmung herrscht, die sich in einem Teil der Morgenpresse widerspiegelt. Untere gestern geäußerten Zweifel werden heute von dem diplomatischen Korrespondent des Daily Telegraph geäußert, der fragt, ob irgendeine Wendung in der internationalen Lage diesen Optimismus rechtfertige. Er stellt fest, daß Poincaré die Befestigung im Falle der Kapitulation Deutschlands vielleicht unsichtbar machen wolle, daß er aber das Ruhrgebiet nicht vor Bezahlung der letzten deutschen Schuld zu verlassen gedenke, und daß er die gegenwärtige Eisenbahnregie nicht aufgeben wolle, ebenso wie den Gedanken der produktiven Pfänder. Dies Ganze scheint dem Korrespondenten mit Recht alles andere als hoffnungsvoll zu sein. Der Korrespondent bestrittet jedoch nach wie vor, daß gemäß dem Gerücht, daß Deutschland sich selbst zur Einstellung des passiven Widerstandes bereit erklären will. Mehr als von Frankreich erwartet man hier von Belgien, das nach den Angaben der Daily Chronicle sogar zur Unterzeichnung einer gemeinsamen Antwort bereit sein soll. Es liegen keine Anzeichen vor, daß die englische Regierung von den Grundlinien ihrer in der Regierungserklärung dargelegten Politik abgehen wird, wenn auch die Trepars-Aktion auf ein stärkeres Nachgeben gegenüber Frankreich drängen dürfte. Auch die öffentliche Meinung ist vollkommen fest, obgleich Daily Mail und Morningpost heute ihre Angriffe auf Deutschland fortsetzen. Die Morningpost gebraucht hierbei das Wortbild, daß der Kurs eines Landes nicht den Reichtum, sondern nur den Spiegel seines Reichstums darstelle. Deutschland habe nur den Spiegel zerstückt (Welch ein Irrtum. D. Red.), sein eigentliches Reichtum bestie aber nach wie vor. (Siehe auch Seite 2.)

Die politischen Parteien Englands.

Die Diehards. — Die Spaltung der Liberalen.
Die Gewerkschaftsfrage. — Der weisse Zauber.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Kurt v. Stutterheim.

London, 18. Juli.

Zu den Merkmalen des englischen Regierungshilfs gehört der außerordentlich enge Zusammenhang zwischen der Regierung und der Partei, der sie antwortet. Dies tritt schon in dem äußeren Bild des Parlamentes in Erscheinung. Es gibt dort keinen Regierungssitz, sondern die Regierungsglieder haben ihren Platz auf der vorderen Bank der jeweils am Ruder befindlichen Partei. Diese sogenannten „front benches“, auf der die hervorragendsten Mitglieder der Partei sitzen, regieren oder vielmehr die Partei regiert durch ihre „frontbenches“. Hieraus folgt, daß ein Regierungsglied, anders als bei uns, in England dem Parlament angehören muß. Fordert der Premierminister einen Nichtparlamentarier zum Eintritt in die Regierung auf, so muß dieser sich erst einen Parlamentssitz verschaffen, bevor er das Haus betreten darf. Diese Vorbedingung spielt augenfällig in bezug auf die Person McKenna eine Rolle. Denn McKenna, der erst kürzlich eine schwere Krankheit überstanden hat, sieht sich vielleicht schon genötigt, um seinen Platz im Kabinett einzunehmen. Dagegen scheint er sich vor den Strapazen des Wahlsieges, weshalb dürfte McKenna's Eintritt ins Kabinett noch einige Zeit auf sich warten lassen. Die Strenge des Parteipfandes zeigt sich ferner darin, daß der Premierminister regelmäßig auf der Führer der Partei ist. Endlich darf ein Regierungsglied nur in dem Hause auftreten, in dem er seinen Sitz hat. Es darf also ein dem Unterhause angehörender Minister nicht im Oberhause sprechen und umgekehrt. Ein Änderungsantrag, der vor einigen Monaten zur Beilegung dieses Irrealen gestellt wurde, wurde abgelehnt. Zum großen Teil war hiermit Lord Curzon's Kandidatur um den Premierministerposten hauptsächlich verbunden. Denn man wollte, daß der Premierminister in diesen kritischen Zeiten in dem Unterhause auftreten könne, zumal da die eigentliche Oppositionspartei, die Labour Party, im Oberhause nicht vertreten ist.

Unter den englischen Parteien heißen seit dem Sturz Lord George's die Konservativen die absolute Mehrheit. Es ist natürlich, daß eine so große Partei in sich selbst Schattierungen aufweist. So heißt sie den sogenannten „Chamberlain-Klügel“, der aus den früheren Koalitionsministern der Regierung Lord George besteht. Seit der Übernahme der Regierung durch Baldwin hat die Spannung zwischen diesem Flügel der Partei und der Hauptpartei beträchtlich nachgelassen, zumal nachdem ein Mitglied der Chamberlain-Gruppe, Sir James W. Robertson, Co. als Generalpostminister in die Regierung eingetreten ist. Man rechnet hier damit, daß über kurz oder lang noch andere Koalitionsminister in die Regierung aufgenommen werden. Denn Baldwin, der ein ausgeprägter Parteimann ist, hat die Wiederherstellung der Parteieinheit stets zu seinen vornehmsten Aufgaben gerechnet. Es hat zu den ersten Erfolgen des neuen Premierministers gehört, daß ihm dies in bezug auf die Chamberlain-Gruppe bis zu einem gewissen Grade gelungen ist.

Auf dem entgegengelegten Flügel der Chamberlain-Gruppe stehen die sogenannten Diehards, die bei uns etwa den extremen Deutschnationalen entsprechen. Ihre hauptsächlichsten Programmpunkte sind: Bekämpfung der irischen Freiheitsbewegung, Bekämpfung Sowjetrusslands, Freundschaft mit Frankreich. Aus der Franzosenliebe der Diehards, die das A und O ihrer Politik ist, folgt ihr Haß gegen Deutschland. Hier liegen in der Tat die schimmlichen Feinde, die das deutsche Volk zuerst in England besch. Dies hat sich bei der letzten Regierungserklärung über den neuen englischen Kurs gezeigt, gegen die die Diehards sofort wegen ihrer angeblich zu sparten Sprache Frankreich gegenüber vorgingen.

Eine starke Verschiebung hat in den letzten Jahren das Verhältnis zwischen den Konservativen und den Liberalen erfahren, die früher unter der Parole: Schutz und Freiheit in den Wahlkampf zogen. Auch heute noch zeigt sich diese alte Teilung darin, daß die schulpfällige Industrie der Konservativen, der Handel dagegen der liberalen Partei angehört. Aber die wahren Unterschiede zwischen den beiden Parteien liegen heute weit mehr in der rüchden, der deutsch-französischen und der russischen Frage. Trotz einzelner glänzender Vertreter bietet der englische Liberalismus heute ein höchst unerfreuliches Bild. Die Spaltung zwischen den Lloyd-George-Liberalen und den Asquith-Liberalen ist heute mehr denn je von ihrer Hebräisierung entfernt. Hierbei spielen vielleicht weniger politische Gründe eine Rolle als Personalfragen eine Rolle. Asquith und seine heftigen Anhänger sind von dem Vizepräsidenten Lord George so schwer gekränkt worden, daß sie heute alle Annäherungsversuche des Abgeordneten Lloyd George schroff ablehnen. Vielleicht fürchten die Asquith-Liberalen auch, daß Lloyd George in einer vereinigten liberalen Partei über kurz oder lang die Führung auf sich reißen würde. Die Folge der liberalen Spaltung ist, daß nicht nur die Strafkraft, sondern auch die Anziehungskraft des Liberalismus stark gelitten hat, so daß die Jugend des Landes sich weit mehr zu den Konservativen und zu der Labour Party hingezogen fühlt.

Die Labour Party hat deshalb einen vor einigen Jahren noch nicht für möglich gehaltenen Aufstieg genommen. Sie hat den Liberalismus bereits überflügelt und wird, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, als künftige Regierungspartei bezeichnet. Bis zu einem gewissen

Die Reichsbank am Ende ihrer Politik.

Vor dem Uebergang zum Goldhandelswechsel.

Von

Dr. Arthur Heichen.

Die Vorgänge bei der gestrigen Devisennotierung an der Börse und der Konflikt zwischen der Reichsbank und der Berliner Bankwelt sind ein Symptom dafür, wie sehr sich die Situation zuspitzt. Das System der niedrigen Reparationen und die zwangsweise wirtschaftliche Devisenursfestsetzung im Inland bei weit höherer Auslandsmarktlage ist nunmehr einfach untragbar geworden. Entweder man geht den Weg zu Ende und kommt zur Errichtung einer Devisenzentrale (die erhöhten Devisenangeboten für den Lebensmittelimport sind der erste Schritt auf diesem Wege), oder aber man überläßt den Devisenmarkt vollkommen sich selber, selbst auf die Gefahr hin, daß der Dollarkurs auf das Niveau der ausländischen Paritäten steigt. Eine mittlere Linie ist ungangbar.

Die Reichsbank, die solange mit einer nicht zu überbietenden Passivität der Entwicklung der Dinge zugehört hat (wir erinnern an die Frage der Handelswechseldevisenkontingente), fällt plötzlich in ein anderes Extrem. Sie entfaltet einen Energieaufwand, der einer besseren Sache würdig wäre. Das die angelegentlichsten Kampfmaßnahmen — insbesondere die völlige Einstellung der Wechselkontingente — zu einer unerhörten Gefährdung des Wirtschaftslaufs führen werden, ist selbstverständlich. Man ist deshalb verurteilt, zunächst nur an eine Drogung zu glauben, die gewisse abschwächende Wirkungen hinsichtlich der Mißbräuche ausüben soll, wie sie sich mit den Konzernanmeldungen und der Devisenkaufe mit Hilfe des Wechselkreditbesitzes eingeschlichen haben. Der Konzernbank, der hinter dieser angeblichen Kampfmaßnahme steckt, ist freilich richtig. Schade nur, daß die Reichsbank so spät zu der Erkenntnis kommt, daß der wirksamste Druck auf die Devisenurs weniger durch ein System von Kontingenten, Zumeinungen und Kontrollen ausgeübt werden kann, sondern einfach durch natürliche wirtschaftliche Maßnahmen, das heißt durch die Verknappung des Geldmarktes, der in der letzten Zeit trotz vorübergehender Verstärkungen durch den Inflationspolitik des Reiches und der Reichsbank allzu flüssig gewesen ist. Jetzt freilich läßt sich die Verknappung des Geldmarktes nicht gleichsam aus dem Boden stampfen. Dazu hätte eine Reichsfinanzpolitik gehört, die nicht 80 Prozent ihrer Ausgaben aber mehr noch durch das bequeme Mittel der Notenzulassung deckt. Dazu hätte ferner eine andere Reichsbankpolitik als die bisherige gehört, die mit dem bisher geübten System der Wechselkontingente auf Papiermarktdruck geradezu eine Begünstigung privater Inflationspolitik bedeutet hat. Aber nicht einmal das, was sich im Rahmen einer Diskontpolitik auf Papiermarktdruck hätte tun lassen, ist getan worden. Die Diskonterhöhung von 18 auf 25 Prozent ist vor kurzer Zeit abgelehnt worden. Angeblich sollen innerhalb des Reichsbankdirektoriums selber Meinungsverschiedenheiten über diese Frage bestanden haben. Der Zentralauschuß, dem doch gerade die Vertreter der Bankwelt in ausgiebigem Maße angehören, hat sich gegen die Diskonterhöhung ausgesprochen. Also auch die private Bankwelt hat nichts getan, um zur Verknappung des Geldmarktes und zu einem

Druck auf die Devisenurs von dieser Seite aus beizutragen. Es sind also Fehler von beiden Seiten und die stärksten Fehler zweifellos von seiten der Reichsbank gemacht worden. Eine völlige Einstellung der Wechselkontingente kann überhaupt nicht in Frage kommen. Als demotivierende Abwehrmaßnahmen von kurzer Dauer hätte sie aber auch nur einen recht bescheidenen Wert. Ganzbar erscheint nur ein Weg auf der mittleren Linie, der den Ziele näher bringt, durch eine Verknappung des Geldmarktes auf das Devisenursniveau zu drücken. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, die Quelle privater Inflation zu verstopfen, die bisher durch die Wechselkontingente auf Papiermarktdruck in immer stärkerer Maße fließen konnte. Aber auch die radikale Verstopfung dieser Quelle kann nicht von heute auf morgen bewerkstelligt werden. Zunächst fände nur die Errichtung einer Goldmarktabteilung bei der Reichsbank in Frage. Diese Goldmarktabteilung hätte die Hauptaufgabe, Goldwechsel gegen Goldgins zu disponieren gemäß den vor wenigen Tagen publizierten Vorschlägen des Reichswirtschaftsrates zur Eindämmung der Marktfalloschneise. In diese Goldmarktabteilung wären obligatorisch alle diejenigen Wirtschaftskreise zu verweisen, die heute bereits als golddeutsche Importhandel, gebären fernerhin, um nur einige Beispiele aufzuführen, die Textilindustrie, die Konfektion, gehört vom Großhandel der gesamte Metallhandel. In diese Abteilung wären fernerhin diejenigen Firmen und Unternehmungen zu verweisen, die weit überwiegend solchen Kartellen und Konventionen angehören, die das System der Goldmarktabteilung oder der Fakturierung auf Wechselkontingente angenommen haben. Die Zugehörigkeit eines Unternehmens zu einem solchen Kartell, deren Einrichtungen ja der Kartellstelle beim Reichswirtschaftsministerium bekannt sein müssen, dürfte in den meisten Fällen als ein objektives Kriterium der Goldmarktfähigkeit anzusprechen sein. All diese Firmen dürften bei der Reichsbank von jetzt ab nur noch Handelswechselkredite auf Goldmarktdruck in Anspruch nehmen. Das fernere Ziel der Reichsbankentlastung müßte sein, die Goldmarktabteilung durch Heranziehung immer breiter Wirtschaftskreise zu erweitern und die Papiermarktabteilung nach und nach gewissenmaßen zum Absterben zu bringen.

Was das für und wider die Goldrechnung und Goldkredite kann an dieser Stelle nicht einmal aufgeführt werden. Nur das eine läßt sich sagen, daß diese Maßnahmen zu einer Verknappung des Geldmarktes und zu einem Druck auf die Devisenurs beitragen würden. Freilich als isolierte Maßnahme kann der Uebergang zur Golddevisenpolitik keine wesentliche Erleichterung bringen, wenn sich nicht daran unmittelbar die Gesamtheit aller finanz- und währungspolitischen Maßnahmen anschließt, wie sie neulich in dem Gutachten des Reichswirtschaftsrates mit erfreulicher Deutlichkeit angeführt worden sind. Heute vormittag hat sich eine Deputation der Berliner Großbanken zum Reichsbankpräsidenten Gadenstein begeben, um mit ihm über eine Regelung der vorerwähnten Situation zu beraten. Die Deputation besteht aus dem Vorstehenden der Berliner Stempelvereinigung, Dr. Mosler, Bankdirektor Nathan (Dresdener Bank) und Bankdirektor Reinhardt (Mitteldeutsche Kreditbank). Auch im Reichswirtschaftsministerium haben gestern bereits und heute wieder Sitzungen stattgefunden. Wie wir hören, stand dabei die Frage der Goldkredite mit an erster Stelle.